

Hans-Joachim Hacker  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fon (030) 227 – 79 313  
Fax (030) 227 – 76 618  
hans-joachim.hacker@bundestag.de

Berlin, den 12.11.2010

**MdB Hacker begrüßte Vertreter der Bürgerinitiative  
„Braunkohle Nein“ im Deutschen Bundestag**

*Seit mehreren Jahren gibt es eine kontroverse Diskussion über einen möglichen Abbau von Braunkohle (Diatomeenkohle) im Raum Lübtheen. Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative „Braunkohle – Nein“ haben auf Einladung des Schweriner Bundestagsabgeordneten den Deutschen Bundestag besucht. Hacker diskutierte mit den Besuchern aus Lübtheen über das Thema Braunkohleabbau und über die Zukunft der Energiepolitik in Deutschland.*

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Hempelmann erläuterte den Besucherinnen und Besuchern die Auffassungen der SPD über die gegenwärtige und zukünftige Energiepolitik. Hempelmann legte dar, dass es der Anspruch der Politik sein müsse, das Ganze im Auge zu behalten. Die Energiepolitik stehe vor riesigen Herausforderungen. Dabei muss nach Auffassung Hempelmanns insbesondere die Frage der Bezahlbarkeit von Energie für die Bevölkerung und die Industrieunternehmen im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Wichtig sei zudem die Versorgungssicherheit.

Der Energieexperte erläuterte der Besuchergruppe das neue Energiekonzept der SPD. Dieses sieht unter anderem vor, dass über das Bundes-Immissionsschutzgesetz sichergestellt werden muss, dass alte Anlagen, die einen bestimmten Wirkungsgrad unterschreiten, abgeschaltet werden müssen. Die SPD will - mit Ausnahme der Atomenergie - keinen Energieträger ausgrenzen, sondern setzt sich für einen Energiemix ein. Dabei sollen insbesondere die erneuerbaren Energieträger gefördert werden. Bis zum Jahr 2020 soll ihr Anteil 35 Prozent betragen. Hempelmann machte deutlich, dass die Braunkohle eine heimische Energiereserve ist. Der Energiegehalt der Braunkohle in der Griesen Gegend ist nach seiner Einschätzung deutlich niedriger als der in den Abbaugebieten. Der Bund werde der überwiegenden politischen Ablehnung eines möglichen Abbau in Mecklenburg-Vorpommern keine Schranken setzen.

Ein weiteres Thema war eine mögliche Nutzung Norddeutschlands als CCS-Gebiet. Hans-Joachim Hacker sprach sich für eine solide wissenschaftliche Untersuchung der Technologie aus. Es sei ein Erkenntniszuwachs nötig.

PRESSMITTEILUNG